

Arbeitsblätter, die achtfache Papiertelle 40 Pfg. bei Arbeitsangeboten 30 Pfg.  
Bei Wiederholungen nach Uebereinkunft entsprechend billiger.  
Bezugspreis 1.50 Mk. pro Vierteljahr.

# Die Eiche

Alle Zuschriften für Redaktion und Expedition sind zu richten an  
V. Varnholl, Ulm a. D., Karlsstr. 47.  
Telefon 1442.  
Schluß der Redaktion: Montag mittags

Organ des Gewerkvereins der Holzarbeiter Deutschlands (S.-D.)

Nr. 44

Alle für das Hauptbüro des Gewerkvereins bestimmten Poststücken sind zu adressieren: Gewerkverein der Holzarbeiter Deutschlands, Berlin N. O. 35, Greifswalderstr. 232.

Ulm a. D., den 31. Okt. 1919

Sämtliche Geldentnahmen sind zu richten an M. Schumacher, Berlin N. O. 35, Greifswalderstr. 232. Postfachkonto 34231 beim Postbezirkamt Berlin N. O. 7.

30. Jahrgang.

## Die Wirkungen des Krieges auf die gewerbl. Betriebe in Preußen.

Nach dem Jahresbericht der preussischen Regierung und Gewerbeämter und Bergbehörden für 1918 läßt die Entwicklung der politischen Lage bereits im Juli 1914 die Industrie und beeinflusste den Geschäftsgang nicht unerbittlich. Als die allgemeine Spannung schließlich durch die Mobilmachung u. die Kriegserklärung gelöst wurde, wirkte die Ungewißheit, wie die Würfel des Krieges fallen würden, in wirtschaftlicher Hinsicht durchaus niederdrückend. Viele Firmen glaubten sich von der Erfüllung der vor Kriegsausbruch eingegangenen Kauf- und Lieferungsverpflichtungen befreit zu können, indem sie die Bestellungen aufhoben, und die Abnahme bereits fertiggestellter Waren sowie deren Bezahlung verzögerten. Verkehrsstörungen durch Militärtransporte, Einziehung des kaufmännischen und technischen Personals, der Arbeiter und Betriebsunternehmer zum Heeresdienst, Erschlüpfung des Kredit und mangelnde Kaufkraft der Bevölkerung zwangen zu Betriebsbeschränkungen und -einstellungen. Die allgemeine Besetzung wich aber bald einer ruhigeren Beurteilung der Lage und der Durchführung der Mobilmachung wiedereröffnenden Güterverkehrs u. die umfangreichen Bestellungen der Heeres- und Marineverwaltung die auf fast alle Gewerbezweige in hohem Grade anregend wirkten und die Unternehmer veranlaßten, sich den veränderten Verhältnissen anzupassen, und ihre Betriebe auf die Kriegswirtschaft umzustellen. Auch lösten die raschen Erfolge der deutschen Waffen eine siegesfrohe Stimmung aus und ließen das Vertrauen auch in solche Kreise zurückkehren, die sich an Kriegslieferungen nicht beteiligen konnten. Die von gegner. Seite im Laufe der Zeit immer mehr befolgte Art der Kriegführung, durch Massenzerstörung von Kriegsmaterial die Herstellung herbeizuführen zwang auch Deutschland zur möglichst großen Kraftanstrengung der gesamten gewerblich tätigen Bevölkerung, die in der Durchführung des Hindenburgprogramms ihren höchsten Ausdruck fand. Die Aufträge, die in Ausführung dieses Programms von der Heeresverwaltung erteilt wurden, erreichten einen solchen Umfang, daß selbst größere Fabrikanlagen um das Doppelte und Dreifache vergrößert werden mußten und auch die Tätigkeit der kleinsten Werkstätten durch sie befruchtete wurde. Die Notwendigkeit der beschleunigten Herstellung des Kriegsgüterbedarfes erforderte die größte Ausnutzung aller Betriebsmittel und zwang zu weitgehender Durchführung des Tag- und Nachtschichtbetriebes. Dem gewaltig gesteigerten Bedarf der Industrie an männlichen Arbeitskräften vermochte aber die Heeresleitung durch Beurlaubung und Zurückstellung von Heeresangehörigen nicht zu genügen, auch konnte die umfangreiche Einstellung weiblicher Hilfskräfte sowie Kriegsgefangener und aus dem Lazarett entlassener Kriegsverwundeter den großen Mangel an Arbeiter nicht ausgleichen. Um die Anforderungen der Rüstungs- und Ernährungsindustrie mit dem fortgeschritten wachsenden Menschenbedarf des Heeres in Übereinstimmung zu bringen, erging daher das Gesetz über den wasserländischen Hilfsdienst, das jeden Deutschen vom 17. bis 60. Lebensjahr zum Dienst in den für die Kriegführung oder Volksernährung wichtigen Betrieben oder Berufen aufbot. Ueber die Wirkungen des Krieges auf die hauptsächlichsten Gewerbezweige ist den oben genannten Berichten u. a. folgendes zu entnehmen:

Die Werke der Großmaschinenindustrie hatten bei der ständigen Vergrößerung ihrer Betriebe während des Krieges erheblich unter dem Mangel an Arbeitern, besonders an Facharbeitern, zu leiden und waren gezwungen, um die Aufträge der Heeresverwaltung ausführen zu können, Ersatzkräfte aller Art, arbeitslose Angestellte und Arbeiter anderer Berufe und Gewerbezweige, russisch-polnische und belgische Zivilarbeiter aus den besetzten Gebieten, Kriegsgefangene und in großer Zahl auch weibliche Arbeiter heranzuziehen. Mit erheblichen Schwierigkeiten war die Ausbildung und Unterweisung dieser Ersatzkräfte verbunden, die vor allem unter dem durch die Einziehungen entstehenden und mit der wachsenden Zahl immer stärker werdenden Mangel an tüchtigen Aufsichtspersonen und Facharbeitern litt u. noch wesentlich durch den starken Arbeitermangel erschwert wurde, der wohl in erster Linie durch die zunehmende Teuerung aller Lebensbedürfnisse und das dadurch bedingte Verlangen nach Lohnsteigerung veranlaßt war, sowie durch den gegenseitigen Wettbewerb der Werke um Arbeitskräfte gefördert und erleichtert wurde. Zu diesen in der Arbeiterfrage liegenden Schwierigkeiten kamen die der Rohstoffversorgung. Schon in den ersten Monaten des Krieges machte sich die Behinderung und Einstellung der Zufuhr auf dem Seewege sehr unangenehm bemerkbar. Indessen wurde der Ermangelung bald in der Hauptsache dadurch behoben, daß das besetzte französische Gebiet für die deutsche Industrie nutzbar gemacht wurde und die deutschen Ersatzkräfte weit ausgiebiger ausgebeutet wurden als im Frieden. Dagegen trat infolge der immer noch stärker durchgeführten Abberufung vom Ausland allmählich Mangel an den meisten wichtigsten anderen Rohstoffen ein, der zu Beschlagsnahmeverfügungen und zu staatlicher Bewirt-

schaftung führte. Dieser Mangel machte sich nicht nur in regelmäßigen Betrieben sehr störend bemerkbar und stellte die Betriebsleitungen vor die schwierige Aufgabe der weitestgehenden Ersparnis und des Ersatzes durch andere Stoffe, sondern vor allem auch bei den notwendigen Neubauten, für die die erforderlichen Pressen, Werkzeugmaschinen usw. nicht nur sehr schwer zu beschaffen waren. Diese und mancherlei andere im Laufe des Krieges eingetretene Schwierigkeiten hatten eine starke Verminderung der Leistungsfähigkeit der Betriebe zur Folge. Im allgemeinen wurde sie jedoch durch die auf das äußerste angepannte Tätigkeit der Betriebsleitungen und des Aufsichtspersonals überwunden, so daß die Werke den Anforderungen der Heeresverwaltung in weitgehendem Maße genügen konnten.

Die Industrie der Steine und Erden, die vornehmlich für die Lieferung von Baustoffen (Zement, Kalk, Ofenplatten usw.) in Frage kommt, hat besonders stark unter den Wirkungen des Krieges gelitten und viele Betriebe sind zum Stillstand gekommen. Die Ursache hierfür lag in erster Linie in dem fast gänzlichen Aufhören der Bautätigkeit, vor allem der privaten, die schon bald nach Ausbruch des Krieges stark absank und schließlich fast ganz aufhörte, als die Ausführung von Bauten nur noch mit besonderer Genehmigung durch die militärischen Behörden möglich war. Für den Ausfall konnte auch die im weiteren Verlauf des Krieges einsetzende Bautätigkeit für die Heeresverwaltung und die Rüstungsindustrie keinen nennenswerten Ersatz bieten. Dazu kam, daß es hier ebenfalls an Arbeitern fehlte, die infolge der Betriebsbeschränkungen in die dauernd beschäftigte Rüstungsindustrie abgewandert waren und daß es später mit der zunehmenden Kohlennot auch an Kohlen und elektrischem Kraftstrom mangelte. Von den Steinbrüchen lag der größte Teil still. Nur solche, welche Kalksteine für kriegswichtige Betriebe gewannen und die Baufeld- und Melaphyrsteinbrüche, die Kleinschlag für Eisenbahn-, Wege- und Betonbauten vornehmlich im Kriegsgebiet zu liefern hatten, waren so stark beschäftigt, wie es die unzureichende Arbeiterzahl gestattete. In den Glashütten machten sich die Transportbeschwerden bei dem großen Bedarf an Rohstoffen und anderen Rohstoffen besonders hemmend bemerkbar, ebenso die Unterbindung der Ausfuhrmöglichkeiten nach den bisherigen ausländischen Absatzgebieten. Auch litt der Inlandsabfah der Tafelglashütten sehr unter der Lahmlegung der Bautätigkeit; daß sie trotzdem den Betrieb aufrecht erhalten konnten, ist nur dem großen Bedarf des Heeres und des neutralen Auslandes zu verdanken. Die Hohlglashütten paßten sich, soweit sie nicht mit Beleuchtungsgegenständen für die Heeres- und Eisenbahnverwaltung, teilweise auch für Skandinavien und Holland reichlich beschäftigt waren, allmählich den Kriegsverhältnissen an, indem sie sich mehr und mehr auf die Herstellung von medizinischen Glaswaren für Lazarette und Krankenwärter, von Glasballons für die chemischen Fabriken und von Einmach- und Erhitzgläsern warfen.

Ein außerordentlicher Aufschwung war in den Industrien der Metallverarbeitung und der Maschinen, Instrumente und Apparate zu verzeichnen. Diese Gewerbezweige hatten nicht allein andauernd den Bedarf an Friedenserzeugnissen zu decken, sondern vor allem auch den weitreichenden vielseitigen Anforderungen der Heeres- und Marineverwaltung zu genügen und sich ständig wechselnden Ansprüchen anzupassen, was um so schwieriger war, als der größte Teil der besten Facharbeiter fehlte und immer von neuem Ersatzkräfte angelehnt werden mußten. Durch größtmögliche Ausnutzung der Maschinen und sonstigen Betriebseinrichtungen, durch zweckmäßige Verteilung der Arbeit, Verlängerung der Arbeitszeit und Einführung des mehrschichtigen Betriebes sowie durch Vergrößerung der Anlagen und gewaltige Steigerung der Arbeiterzahl gelang es, alle Schwierigkeiten zu überwinden. In welchem Umfange einzelne Zweige der Rüstungsindustrie beispielsweise die Flugzeugindustrie, ihre Betriebsanlagen erweitern und ihren Arbeiterstand vervielfachen mußten, geht u. a. daraus hervor, daß allein die Flugzeugfabriken eines Aufsichtsbezirkes ihre Belegschaft von 700 Arbeitern vor dem Kriege auf 17.741 im Jahre 1918 also nahezu um das fünfundzwanzigfache vergrößern mußten. Nicht geringe Hindernisse erwuchsen den mittleren und kleineren Geschohbearbeitungswerkstätten, die sich durch Anschaffung von Werkzeugmaschinen auf die Bearbeitung von Graugussgranaten eingestellt hatten, denn fast allen diesen Betrieben die zum Teil von sachlich ganz unzubereitenden Personen errichtet waren, fehlte es an Erfahrung und an geschulten Arbeitskräften, namentlich an Meistern. Als dann mit dem Wegfall der Graugussgranate zur Bearbeitung von Prestahl- und Stahlgussgranaten u. a. zu Ausbohren und Bearbeiten von Präzisionsarbeiten übergegangen werden mußte, stellte sich in vielen Fällen heraus, daß die Werkzeugmaschinen für dieses viel ähere Material nicht geeignet waren, so daß eine Umstellung des gesamten Betriebes erforderlich war, die häufig die Rentabilität des Unternehmens direkt in Frage stellte.

Die schwierigsten Aufgaben der Kriegswirtschaft fielen der chemischen Industrie zu. In erster Linie galt es, nach dem Ausfall der Salp-

terzufahren die Fabrikation von Salpetersäure in großem Maßstabe aufzunehmen, wozu in kürzester Zeit umfangreiche Neu- und Aufbauten erforderlich waren. Gleichzeitig wurden bei dem ungeheuren, stetig wachsenden Bedarf des Heeres an Sprengstoffen Fabriken für deren Herstellung errichtet und bestehende Anlagen vergrößert ferner Neuanlagen zur Herstellung der Gasmittelpflanze und zum Füllen der Geschossen und sonstige Feuerwerkereien geschaffen.

Wechselvoll gestaltete sich die Lage der Textilindustrie in ihrer Gesamtheit wie in ihren einzelnen Teilen. Nach Ueberwindung der ersten Arbeitslosigkeit zu Beginn des Krieges, hob sich durch umfangreiche Aufträge der Heeresverwaltung die Beschäftigung der Textil- und auch der Veredelungsbetriebe und blieb zufriedenstellend bis mit dem immer empfindlicher werdenden Mangel an Rohstoffen besonders an Baumwolle die Einschränkung der Arbeitszeit in den Spinnereien, Webereien und Wollereien verfügt wurde. Da aber selbst für die verkürzte Arbeitszeit nicht mehr genügend Rohmaterialien vorhanden waren, trat ein vollständiges Stillfließen ein und viele Betriebe kamen zum Stillstand. Allmählich erst, als sich der Industrie Ersatzstoffe vor allem in den Papierstoffgeweben erschlossen, deren Herstellung sich schon in der zweiten Hälfte des Jahres 1918 verschiedene Werke neben der Aufbereitung und Verarbeitung von Abfallstoffen zugewandt hatten, begannen sie sich wieder zu beleben, zumal auch für das Heer große Aufträge in Papiergeweben ergingen. Wehnlich liegen die Verhältnisse in dem Bekleidungs-gewerbe.

Die Papierindustrie, die anfangs mit starken Einschränkungen ihren Betrieb noch aufrecht erhalten konnte, fand später ausreichende Beschäftigung in der Herstellung von Papier für den Heeresbedarf und die Lebensmittelverpackung, sowie von Papiertüten, Spinn- und Mäzlerpapier.

Der während des Krieges mit Hochdruck betriebene Bergbau stellte große Anforderungen an die Grubenholz liefernden Betriebe der Holzindustrie, desgleichen die Heeresverwaltung für den Ausbau der Schützengräben. Demgemäß waren die Sägewerke andauernd voll und nutzbringend beschäftigt. In bedeutendem Umfange wurden in den Sägereien und Drehleeren, Munitionskisten, Deckeln, Gewehrhölzer usw. hergestellt. Bald nach Kriegsbeginn trat infolge der Lederknappheit große Nachfrage nach Holzschuhen ein und verschiedene stillgelegte Betriebe nahmen die Anfertigung von Einheitsmöbeln auf.

In der Nahrungs- und Genussmittelindustrie machte sich das Fehlen der Rohstoffe und die Rationierung sehr nachteilig bemerkbar. Auf den Betrieb der Zuckerfabriken übten die unregelmäßige Kohlenlieferung u. die mangelhafte Nebenführung einen ungünstigen Einfluß aus, der zu häufigen Betriebsstörungen zwang. Andererseits machte sich dauernd das Fehlen erfahrener Arbeitskräfte bemerkbar, das mehrfach eine Verlängerung der Kampagne herbeiführte. Die Sätereien und Konditoreien mußten ihren Betrieb infolge mangelhafter Belieferung und der für diese Gewerbezweige besonders einschneidenden Verwaltungsmaßnahmen erheblich einschränken oder einstellen. Von der größten Bedeutung für die Streckung des Brotkornes war die Bundesratsverordnung über die Bereitung von Backwaren, durch die das in vielen Kreisen längst ersehnte Verbot der Nachtarbeit ausgeprochen wurde, dessen Durchführung erstere Schwierigkeiten nicht ergeben hat. Die Schlächtereien hatten einen lohnenden Verdienst durch die Fortführung des Verkaufsgeschäfts, während die eigentliche Handwerksarbeit in zentraler Stelle ausgeführt wurde. Von belebendem Einfluß war der Krieg auf die Konfektfabriken. Dem Bedarf von Heer und Kommunen an Gemüsekonserven und vor allem an Marmelade genügten die vorhandenen Anlagen nicht und mußten daher bedeutend erweitert werden, auch entstand eine große Anzahl neuer Fabriken. Außer den allgemeinen Ersparnissen der Betriebsführung machten sich in den Obst- und Gemüsekonservenbetrieben vielfach die Maßnahmen der Kriegsgesellschaften sehr fühlbar, da sowohl Rohwaren wie Zutaten sehr unregelmäßig zugeführt und die Betriebe zu Arbeiten gezwungen wurden, die große Mengen an Ware dem Verlust preisgaben und die geregelte Beschäftigung beeinträchtigten. Die Mälzereien und Brauereien wurden durch die Anordnungen der Reichsgesetz- und Reichsgetreidestelle, nach denen nur ein sehr geringer Teil des Friedensverbrauchs an Gerste verarbeitet werden durfte, stark beeinträchtigt. Die meisten Mälzereien nahmen die Gemüse- und Kartoffelverwertung in großem Umfange auf, während die Brauereien ihren Betrieb meist in stark eingeschränktem Maße weiterführten. Die Schokoladenfabriken mußten infolge des gänzlichen Fehlens der Kakaobohnen die Herstellung von Schokolade und Kakao einstellen und konnten die Herstellung von Zuckerwaren wegen der knappen Zuzahlung von Zucker nur in beschränktem Maße aufrecht erhalten. In der Zigarrenindustrie folgte dem Rückgang in den ersten Kriegsmonaten durch den großen Bedarf der Heeresverwaltung ein rascher Aufschwung. Der starke Verbrauch erschöpfte aber die Vorräte der Fabriken und zwang sie infolge ungenügender ausländischer Zufuhr zu Arbeiterentlassungen und vorübergehend, teilweise dauernd, zu Arbeitseinstellungen. In günstigerer Lage waren die Zigarettenfabriken, obwohl sie

ausschließlich auf ausländische Rohstoffe angewiesen sind. Aber das Ländnis mit Bulgarien u. der Türkei gab die Möglichkeit große Mengen türkischen, bulgarischen und griechischen Tabaks heranzuführen, wenn auch zu sehr hohen Preisen.

Die nachstehende Tabelle für die Zahlen der gewerblichen Betriebe mit mindestens 10 Arbeitern und der in ihnen beschäftigten Arbeiter u. Arbeiterinnen für die Jahre 1913 und 1918 läßt erkennen, wie sich die Verhältnisse im letzten Kriegsjahr gegenüber dem letzten Friedensjahr verschoben haben.

Gruppe	Zahl der Betriebe		Zahl der Arbeiter und Arbeiterinnen	
	1913	1918	1913	1918
3. Bergbau, Hütten- und Eisenerzeu- gung	908	1038	271567	322281
4. Industrie der Steine und Erden	12801	10597	870587	148480
5. Metall-Verarbeitung	14798	15530	427702	472018
6. Industrie der Maschinen, Instrumente und Apparate	11036	12991	678489	1187532
7. Chemische Industrie	1695	1987	112874	857192
8. Industrie der sonstigen gewerblichen Produkte, Leuchtstoffe, Seifen, etc. u. Delle	2229	2207	50718	47102
9. Textil-Industrie	6497	6237	408212	100199
10. Papier-Industrie	2021	1982	97168	73549
11. Leder-Industrie	1590	1817	61581	55497
12. Industrie der Holz- und Schnitzstoffe	20070	10000	247987	171068
13. Industrie der Nahrungs- und Genussmittel	56202	55858	402408	294777
14. Bekleidungs-gewerbe	81082	27822	245207	160485
15. Nähnigungs-gewerbe	2581	2473	82752	25875
16. Bau-gewerbe	4924	4179	103522	49688
17. Photographische Gewerbe	4879	4789	108022	77126
18. Sonstige Indu- striezweige	228	202	6889	8730
Zusammen:	175496	168750	3 633 618	3 570 556

## Konferenz der Hauptvorstände der Deutschen Gewerkvereine.

Hauptvorstandskonferenzen hat es in unserem Verbande schon immer gegeben. Sie traten unregelmäßig und verhältnismäßig selten, je nach Bedarf, zusammen, wenn es galt, zu besonders wichtigen Vorgängen in der Organisation oder zu bedeutungsvollen sozialpolitischen Maßnahmen Stellung zu nehmen. Der letzte Verbandstag hat diesen Konferenzen einen anderen Charakter verliehen. Sie sind im Verbandsstatut „verankert“ worden, sie sollen mindestens in jedem halben Jahre einmal zusammentreten und dem Zentralrat als Beirat dienen. Wichtige Fragen sollen von ihnen vorberaten werden, damit dem Zentralrat die Entscheidung erleichtert wird.

Die erste dieser Hauptvorstandskonferenzen fand am 9. und 10. Oktober statt und hat Fruchtbarkeit in gründlicher Aussprache und fruchtbarer Arbeit gegeben. Nur die Tabakarbeiter, die Bauhandwerker, die Gemeindearbeiter und die Brauer waren nicht erschienen. Den ersten Punkt der Tagesordnung bildete die Finanzierung des Verbandsorgans, dessen Kasse durch die dauernd gestiegenen Herstellungskosten in eine mißliche Lage geraten ist. Auf dem Verbandstag war eine Verständigung darüber nicht zu erzielen und die Hauptvorstandskonferenz wurde mit der Regelung der Angelegenheit beauftragt. Nach dem Referat des Verbandstellers Klein, dem eine sehr eingehende Aussprache folgte, einigte man sich darauf, den Hauptvorständen die Annahme des von den Vertretern des Gewerkvereins der Metallarbeiter auf dem Verbandstag gemachten Vermittlungsantrages zu empfehlen und von dem Ergebnis die Höhe des Abonnementpreises abhängig zu machen.

Dann beschäftigte sich die Tagung mit dem in der Arbeiterbewegung sich breit machenden Terrorismus. Der Verbandsvorsitzende Kollege Hartmann leitete die Aussprache ein mit einer Schilderung der unerträglichen Vorgänge, die fast täglich bei der Verbandsleitung gemeldet werden. Gegen den Zwang zum Uebertritt in andere Organisationen läßt kein Geheh, sondern Rücksichtlosigkeit und Selbstherrschaft des Einzelnen. Es ist aber notwendig, alle Terrorismusfälle der Verbandsleitung mitzuteilen, damit sie in der Öffentlichkeit gebührend verurteilt werden können u. höchst und schicklich Material gesammelt wird. Redner ging dann auf den von den Anhängern der Unabgänger und der Kommunisten geübten Streikterror ein, der ein geordnetes Wirtschaftselben unmöglich macht. Die großen Massen wollen von der Streiküberpannung nichts wissen, sind aber der mit allen Mitteln der Gewalt arbeitenden Minderheit gegenüber machtlos. Ein Wuchermittel ist vielleicht zu finden im Ausbau des gewerblichen Einigungsweises, was in Aussicht stehende Gesetz über

die Betriebsräte Anfänge erblicken läßt. Redner sprach sich für das obligatorische Schiedsverfahren aus, wonach jeder Streik vor dessen Ausbruch die vorgehenden Schlichtungsinstanzen nicht anrufen sind, unzulässig sein müßte. Das Streikrecht an sich soll nicht beeinträchtigt werden, nur sein Mißbrauch verhindert werden. Auch die Frage des Streiks in geminnützigen Betrieben wurde dabei gestreift. Als selbstverständliche Voraussetzung bei der Proklamierung eines Streiks wurde die Beobachtung gewerkschaftlicher Grundsätze, insbesondere das Vorhandensein einer erheblichen Mehrheit, Heranziehung möglichst aller beteiligten Arbeiter, geheime Abstimmung usw. hingestellt.

Die Frage der Arbeitersekretariate behandelte der Verbandssekretär Kollege Neustädter. Die von ihm gemachten Vorschläge sowohl bezüglich der bestehenden, wie auch der neu in Aussicht genommenen Sekretariate wurden durchweg von der Konferenz gebilligt. Wie nicht anders zu erwarten war, stellte sie sich durchaus auf den Boden des Verbandstagesbeschlusses, daß an die Errichtung eines Sekretariats mit Hilfe der Verbandsleitung nur dort gedacht werden kann, wo die Kosten für die Unterhaltung zum überwiegenden Teile von den Mitgliedern aufgebracht werden. Der Nachweis dafür muß ziffermäßig erbracht werden. Das erfordert einerseits die Lage der Verbandskasse, andererseits die Ermögen, daß ein Sekretär nur dort erspriechliche Arbeit leisten kann, wo in der Unterstüfung und dem Opfermut der Kollegen ein fruchtbares Arbeitsgebiet erblickt werden kann. Mit dieser Maßgabe stellten auch die Vertreter der einzelnen Gewerksvereine ihre finanzielle Mithilfe in Aussicht.

Den letzten Punkt der Tagesordnung bildete eine Aussprache über den Neuaufbau unserer Jugendorganisation. Das einleitende Referat dazu hielt der Verbandsredakteur Kollege Lewin, der einen Ueberblick gab über den gegenwärtigen Stand der Bewegung, der durch eine Umfrage festgestellt worden ist, sowie über die bereits getroffenen und weiter beabsichtigten Maßnahmen. Nur bei tatkräftiger Förderung seitens der gesamten Gewerkschafts- und bei Unterstützung durch die Mitglieder ist der erwünschte Erfolg zu erwarten. Im Anschluß daran wurde das Kapitel der Lehrverträge eingehend erörtert, zu dem der Kollege Cziesl wertvolles Material beibrachte. Die jetzigen Verträge verstoßen häufig gegen die Koalitionsfreiheit, die allen Arbeitern, also auch den jugendlichen, eingeräumt ist. Dieser Zwiespalt muß beseitigt werden. Auch dem sonstigen Inhalt der Lehrverträge müssen die Organisationen ihre Aufmerksamkeit zuwenden. Gegebenenfalls empfiehlt es sich, mit den anderen gewerkschaftlichen Richtungen eine Regelung des Lehrlingswesens gemeinsam anzustreben. Dadurch kann das Interesse der Jugendlichen für die Organisation nur gefördert werden. Auch die Ausführungen dieser beiden Kollegen zeitigten eine überaus rege Aussprache, die sich durchweg in zukunftsweisender Weise bewegte. Die von ihnen gemachten Vorschläge wurden alleseitig gutgeheißen.

Die zum Schluß aufgeworfene Frage, wie sich die Gesamtorganisation zu einer Feier des 9. November stelle, fand ihre Erledigung dahin, daß es sich dabei um eine politische Angelegenheit handelt, die jedes Mitglied nach seiner politischen Auffassung behandeln muß. Wo Ortsverbände eine gemeinschaftliche Feier planen, soll ihnen empfohlen werden, die wirtschaftliche und sozialpolitische Bedeutung in den Vordergrund zu stellen.

Der Verlauf der Konferenz war, wie Kollege Raab in seiner Schlußansprache mit Recht feststellte ein vorzügliches und hat mit aller Deutlichkeit den Beweis erbracht, wie nützlich und notwendig die Einrichtung solcher Tagungen ist. Allgemein wurde der Wunsch laut, sie in möglichst kurzen Zwischenräumen zu wiederholen. Mögen sich die Erwartungen, die an diese Konferenz geknüpft werden, in reichstem Maße zum Nutzen unserer guten Sache erfüllen!

### Rundschau.

#### Die Gestaltung der Möbelpreise.

Die Vereinigung deutscher Möbelindustrieller hat in einem Gutachten an das Kriegswirtschaftsamt in Dresden sich wie folgt darüber geäußert: Eine Verbilligung der Preise in der Holzindustrie, speziell in der Möbelfabrikation, liegt

völlig außer dem Bereich der Möglichkeit. Alle Anzeichen sprechen im Gegenteil dafür, daß auf absehbare Zeit hinout, Möbel noch teurer werden als jetzt. Diese Ansicht ist folgendermaßen zu begründen: Abgesehen von den sich stets erhöhenden Arbeitslöhnen — augenblicklich wird seit Wochen allenfalls halbes gestreift, weil die Arbeiter eine Lohnaufbesserung um 50 % für die Stunde beanspruchen, in den Großstädten ferner eine Verkürzung der Arbeitszeit von 48 auf 46 Stunden mit Lohnausgleich, weil sie ferner bezahlte Ferien verlangen und außerdem ein Reichstaxi mit Mindestlöhnen angefordert wird — steigen die Holzpreise ins Ungesehnte; zum Beispiel werden für Eichenholz, welches im Frühjahr 150 M pro Kubikmeter gekostet hat, bereits jetzt 850 M und für ausgewählte Ware 1000 M bezahlt. Die Holzpreise werden sicher noch weiter steigen, weil die Hauptproduktionsgebiete, Ostpreußen, Danzig, Thorn, Bromberg durch den Friedensvertrag ganz oder zum Teil verloren gehen können, Etsch-Gebirgen, gleichfalls eine Holzquelle, verloren geht, die Eifel befehrt bleibt und infolgedessen kein Holz daraus für den deutschen Markt bezogen werden kann. Ein weiteres großes Gebiet, aus dem Holz kam, Oesterreich, ist gleichfalls zum Teil verschlossen, namentlich die Tschudo-Slowaken. Dazu kommt noch, daß vornehmlich große Bestände an Holz an die Entente abgeliefert werden müssen. Der preussische Fortifikationshaushalt hat bereits erklärt, daß er alle Anregerungen wegen Einführung von Richtpreisen für Holz abschlägig bescheiden und auf dem System der Auktionen bestehen müsse. Die Produktionskosten, Arbeitslöhne, Fuhrpreise usw. sind derartig gestiegen, daß ein Richtpreis gar nicht zu denken sei. Dies alles weist also untrüglich darauf hin, daß die Holzpreise ins Ungesehnte steigen werden.

Um den Leim dürfte es noch schlimmer stehen. Die Beklebung am Leimmarkt ist derart ungenügend, daß Handwerk und Industrie nur auf Schleimwegen das nötige Ergänzungsquantum sich beschaffen können und dafür statt des amtlichen Preises von 450 M pro 1000 Kilo 1100 bis 1200 M zahlen müssen. Schellack, der im Frieden 2,40 M pro Pfund kostete, ist heute selbst für 60 bis 70 M nicht mehr zu haben. Die Preise für Marmor und Glas sind gewaltig gestiegen. Metalle aller Art um das Fünffache, kurz es ist mit einer wesentlichen weiteren Steigerung des Fertigfabrikates zu rechnen. Auch auf dem Rohstoffmarkt ist eine außergewöhnliche Teuerung eingetreten, für Gurten, Messel, Zute, Fieber, Koffhaar, Stoffe aller Art, besonders Baumwolle und Wolle.

Es steht unumstößlich fest, daß in der Möbel-fabrikation und im realen Möbelhandel nur ein ganz bestimmter Gewinnanschlag, der Spesen u. normalen Nutzen zu decken hat, genommen wurde niemals Waren zurückgehalten und spekulative Gewinnaufschläge verlangt worden sind. Nur wenn dies der Fall wäre, könnte man auf eine Verbilligung der Möbel zählen. Die vielerorts herumgebotene Neuigkeit, es bestehe reiches Angebot von Möbeln, ist ein Phantastiegebilde. In unserer Vereinigung sind Industrie und Handwerk in ganz Deutschland vereinigt. Es berich-teten sämtliche Mitglieder, daß sie bis in den Herbst hinein voll beschäftigt sind und Aufträge nicht mehr annehmen können. Die Kleinmöbel-industrie berichtet, daß sie auf der Leipziger Messe derart große Aufträge erhalten habe, daß sie bis November beschäftigt sei. Ein besonders großer Mangel an Ware herrscht für Schlafzimmer und Speisezimmer. Die Stuhlindustrie verlangt für einige Dutzend Stühle 3 bis 4 Monate Lieferzeit usw. Dazu kommen noch Transport-schwierigkeiten, die die Lage noch mißlicher gestalten helfen. Alles zusammengenommen, die erhöhten Arbeitslöhne, die verkürzte Arbeitszeit, die hohen zum Teil unerswinglichen Preise für Rohmaterialien, die Vollbesetzung aller Betriebe wesentlich erhöhte, allgemeine Geschäftskosten, (Steuern, Kohlen, Licht, Fuhrwert usw.) ergibt unzweifelhaft, daß an eine Verbilligung nicht gedacht werden kann. Im Gegenteil wird mit einer an Gewißheit grenzenden Wahrscheinlichkeit eine ganz wesentliche Erhöhung der Möbelpreise eintreten.

#### Ein deutsches Tarifarbeits.

Wie das oben ausgegebene Septemberheft des „Reichsarbeitsblatt“ berichtet, hat sich bei dem bedeutenden Umfange, den das Tarifar-tragswesen nach der Revolution genommen hat, das Bedürfnis nach einer Zentralstelle herausge-stellt, die sämtliche in Deutschland abgeschlossenen Tarifarverträge sammelt, übersichtlich ordnet und Interessenten jederzeit die Einsichtnahme und

Bewertung ihres Materials gestattet. Der Auf-gabe, ein solches Archiv einzurichten, hat sich die Abteilung für Arbeiterstatistik des Statistischen Reichsamts unterzogen und bereits über 2500 in diesem Jahre abgeschlossene Verträge gesam-melt. Da Vollständigkeit nur erreicht werden kann, wenn sich das Archiv auf die Mitwirkung aller am Zustandekommen von Tarifarverträgen beteiligten Personen und Verbände stützen kann, richtet das Statistische Reichsamt, Abteilung für Arbeiterstatistik, an diese die dringende Auffor-derung, ihm Abschriften oder Abdrücke der Tar-ifarverträge möglichst bald nach dem Abschluß zu überfenden.

#### Zur Leimfrage.

Der 6. Ausschuß der Deutschen Nationalver-sammlung (Volkswirtschaft) hat folgenden An-trag der Abgeordneten Hermann (Württemberg), Irl (Oberbayern) und Kappeler (Einstim-mig angenommen: Die Nationalversammlung wolle beschließen, die Reichsregierung zu erfu-chen: 1. Handlungen, welche gegen die zurzeit bestehenden Vorschriften über den Verkehr mit Leim, Knochen und Leimleder gerichtet sind un-nachlässig zu bestrafen; 2. in eine erneute Prü-fung darüber einzutreten, ob die festgesetzten Preise für Lederleim und Leimleder den heuti-ger Erzeugungskosten entsprechen; 3. eine Aufhe-bung der Vorschriften und sonstigen Bewirtschaf-tungsmaßnahmen über den Verkehr mit Kno-chen, Leimleder und Leim eintreten zu lassen, sobald eine die Interessen aller Beteiligten si-cherstellende freie Bewirtschaftungsform unter Kon-trolle des Reichswirtschaftsministeriums gewähr-leistet ist; 4. bis zur Erreichung dieses Zieles eine gründliche Vereinfachung der bestehenden Bemittlungsorganisationen zwecks möglichst un-mittelbaren Verkehrs zwischen Erzeugern und Verbrauchern schleunigst herbeizuführen.

#### Aus der Kriegsbeschädigtenbewegung.

Der Verband deutscher Kriegsbeschädigter u. Kriegsteilnehmer hat sich bei einem im Septem-ber in Hildesheim abgehaltenen Verbandstage mit dem Verbands wirtschaftlicher Vereinigun-gen Kriegsbeschädigter für das Deutsche Reich, Kaffler Verband, früher Essener Verband ge-nannt, zu dem neuen Zentralverband deutscher Kriegsbeschädigter und Kriegshinterbliebenen vereinigt. Die neue Organisation zählt annä-hernd 100 000 Mitglieder. Vorsitzender ist Herr Otto Thiel, Berlin. Im Vorstand des neuen Zentralverbandes sind beide alte Richtungen vertreten. Auch die Kriegshinterbliebenen haben gebührende Vertretung im Hauptvorstand ge-funden. Die dem Verbands deutscher Kriegsbe-schädigter und Kriegshinterbliebenen früher kör-perchaftlich angeschlossenen Organisationen tre-ten zu einem wirtschaftlichen Beitritt des Zen-tralverbandes zusammen. Seit der Neubildung des Verbandes schließen sich fast täglich zahlreiche Vereinigungen aus lokaler und bezirklicher Grundlauge dem Zentralverband an und es sind in den letzten Tagen die Verhandlungen mit ei-nigen größeren Bezirksorganisationen wegen der Verschmelzung aufgenommen worden, die nach Lage der Sache zu einem guten Erfolge führen werden.

Das gute Verhältnis unserer Organisation zum Verbands deutscher Kriegsbeschädigter und Kriegsteilnehmer wird auch auf den neuen Zen-tralverband übertragen werden. Dem Zen-tralverband sind alle Garantien für eine wirkungs-volle, nachhaltige Interessenvertretung der Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen gegeben. Die dort leitenden Personen geben uns Gewähr für eine ernste und gewissenhafte Arbeit zum Besten der Kriegsoffer. Für unsere Mitglieder, die sich der Kriegsbeschädigtenorga-nisation anschließen wollen, kann nur der Zen-tralverband deutscher Kriegsbeschädigter und Kriegshinterbliebenen in Betracht kommen. Die Reichsgeschäftsstelle des Zentralverbandes befin-det sich in Berlin NW. 6, Luisenstraße 31 b. Der Zentralverband ist jederzeit gern bereit, Aus-kunft in allen Kriegsbeschädigten- und Kriegs-hinterbliebenenangelegenheiten zu erteilen. Wer-bematerial und sonstige Verbandschriften zu versenden.

#### Aus den Ortsvereinen.

Berlin. Der Diskutierklub der Deutschen Ge-werksvereine hat seine Tätigkeit wieder aufge-nommen und bietet den Gewerksvereinstollegen von Groß-Berlin Gelegenheit, ihr Wissen zu be-reichern und sich in der freien Rede zu üben.

- Der Diskutierklub ist eine planmäßige, lebende Rednerhalle und will seinen Zweck erreichen:
1. Durch Vorträge über aktuelle Fragen mit an-schließender Diskussion;
  2. Schriftliche Ausarbeitung der Vorträge und Übergabe derselben durch die Mitglieder;
  3. Anleitung zum Ausarbeiten von Vorträgen;
  4. Durch Heranziehung der Mitglieder zur Lei-tung der Sitzung und zur Protokollführung, um so tüchtigen Nachwuchs an Vorstandsmit-gliedern für die Ortsvereine heranzubilden;
  5. Durch Beantwortung und Beprechung von Fragen von allgemeinem Interesse.

In alle vorwärtsstrebende Kollegen richten wir die Bitte, den Diskutierklub zu unterstützen, durch Teilnahme an den Sitzungen, die jeden Mittwochs Abends 7.30 Uhr im Restaurant Schultze, Neue Königstraße 24, stattfinden. In der Sitzung am 29. Oktober behandelt der Kollege Pantke die Frage: Wie kann der Arbeiter sich selbst helfen? Es liegt im Interesse der Ge-werksvereinstollegen und unserer Sache, daß diese Veranstaltungen recht zahlreich besucht werden.

#### Literarisches.

Die Steinkohlen in Oberschlesien und an der Saar, die Bedeutung ihres Besitzes und die Fol-gen ihres Verlustes für Deutschland. Von Lan-desgeologe Dr. M. Schmidt, Stuttgart. (Finanz- und volkswirtschaftliche Zeitschriften, herausgege-ben von Geh. Rat, Professor Dr. Georg Schanz in Würzburg und Geh. Regierungsrat, Prof. Dr. Julius Wolf in Berlin, 62. Heft.) Verlag von Ferdinand Enke in Stuttgart. Preis 2 M.

Der Verfasser behandelt zunächst kurz die ge-samte Steinkohlenbefahrung Deutschlands, ih-ren Wert, Ein- und Ausfuhr von Steinkohlen, Deutschlands Selbstverbrauch, die Verteilung ge-förderter Steinkohlennengen auf die Haupter-zugsbezirke, ihre Beschaffenheit, die Weiter-verarbeitung und Veredelung dazu geeigneter Kohlen in diesen Bezirken und deren Hauptab-satzgebiete. Dann stellt er in besonderen Ab-schnitten eingehend die Verhältnisse einschließ-lich der Löhne im ober-schlesischen und im Saarbrük-ener Steinkohlenbezirk dar und knüpft daran Betrachtungen über den Wert der dort gewonne-nen Steinkohlen für das Inland, insbesondere für die deutsche Industrie und über die Folgen eines dauernden Verlustes dieser Steinkohlenbe-zirke für Deutschland. Der lebenswerten Arbeit sind die amtlichen Feststellungen für die Zeit vor dem Kriege zugrunde gelegt. Für den Fall des Verlustes Oberschlesiens stehen uns an Steinkoh-len nur die im Ruhrbezirk, in Nieder-schlesien, dem Freistaate Sachsen und am Deister vorhan-denen Mengen, vor dem Kriege jährlich 114,5 6,5, 5,5 und 1,0 Millionen Tonnen zur Verfü-gung, zu denen noch kleinere Mengen aus den dem Kriege nahen sächsisch-thüringischen Bor-kommen sowie die oberbayerischen Beshohlen, zusammen etwa 1 Million Tonnen kommen. Im-ganzen ergibt sich dann unter der Voraussetzung, daß alleseitig die Förderquote des Jahres 1913 nicht unterschritten wird, eine Menge von 127,5 Millionen Tonnen Steinkohlen, denen einschließ-lich der Zwangslieferungen an die Entente-staat-en ein Liefersoll von 170 Millionen Tonnen in den ersten 5 Jahren gegenübersteht, das sich auf 162 Millionen Tonnen in den ersten darauf fol-genden 5 Jahren ermäßigt. Es bedeutet dies, da die an die Entente abzuführenden Kohlenmen-gen geliefert werden müssen, für Deutschland eine Einschränkung des Eigenbedarfs um 46 Millio-nen Tonnen, d. h. es stehen Deutschland nur 65,8 Prozent seines Eigenbedarfs des Jahres 1913 so lange zur Verfügung, bis eine Erhöhung der Fördermenge im Ruhrbezirk zum Ausgleich die-ses Ausfalls von über einem Drittel herangezo-gen werden kann.

#### An die Empfänger der „Eiche“.

Jeder Empfänger der Eiche wird gebeten, mir doch sofort die genaue Zahl der Exemplare mitzuteilen, die man auf Grund der Mitgliederzahl für den Orts-verein braucht. Niemand soll zu wenig, keiner aber auch unnötige Exemplare zu viel erhalten, weil dies für den Gewerksverein nur zu überflüssigen Ausgaben führen würde, die wir alle dringend vermeiden müssen. F. Barnholt, Ulm a. D., Karlsstr. 47.

Mit dem Erscheinen dieser Zeitungsnummer ist der 44. Wochenbeitrag für das Jahr 1919 fällig.

## Anzeigen.

Für den Inseratenteil ist die Redaktion des Blattes gegenüber nicht verantwortlich.

**Eiserne Zirkelklingschneid**  
tausendfach bewährt, la deutsches Fabrikat Stück Mk. 7.75. 6 Stück Postpaket Mk. 45.— franco  
**Schinder** Stück Mk. 2.75. 12 Stück Mk. 24.—, liefert prompt  
**M. E. Walther, Dresden 22,**  
Reb-fabrik Str. 51  
Telegraph-Adr.: Mawa Dresden

**Einheitliche Vereinsabzeichen.**  
Alle unsere Mitglieder werden auf die ein-heitliche Ausführung der Vereinsabzeichen hingewiesen. Die Vereinsabzeichen sollen das Bild 120 211. Nach Entsendung des Vertrages an das Hauptamt erfolgt gleich Zulassung.

**Sportschlitten-Rufen**  
Eiche gebogen, prima Ware  
1.0 1.20 1.40 1.60 cm Holslänge  
7.50 8.50 9.50 10.75 Mk per Paar  
liefert  
**M. E. Walther, Dresden 22.**  
Reifeleiderstraße 51. Fernsprecher 28767.

**Kollegen, jagt Frau und Kinder jagt**  
für den Fall Eurer frühzeitigen Todes  
für Euer Alter sowie für die Ausbildung und Anseher oder den Sterbefall Eurer Kinder bei unerer gemeinsamen Volks-versicherung. — **Die Germanen** stehen den Versicherten zu.  
**Volksversicherung des Verbandes der Deutschen Gewerksvereine H.-D.**  
Verlaagt gegen Anstufung bei unerer Dril. Verwal-tungsstellen oder im Verbandsbureau, NO. 55, Greifswalder-Str. 22/23.

Verlag des Bibliographischen Instituts A. G., Leipzig u. Wien  
**Juden, Rechtschreibung der deutschen Sprache u. der Fremdwörter.** Nach den für Deutschland und die Schweiz gültigen amtlichen Regeln. Neuente, neubearbeitete u. vermehrte Auflage von Dr. J. Ernst Wälzing u. Dr. Alfred C. Schmidt.  
Große Ausgabe, Gebunden R. 6.50  
Kleine Ausgabe, Gebunden R. 3.—  
**Fremdwort und Verdeutschung.** Ein Wörterbuch für den täglichen Gebrauch, von Prof. Dr. A. Leisch. Gebunden R. 3.—  
**Sanders, Handwörterbuch der deut-schen Sprache.** Dritte Auflage, neubearbeitet von Dr. J. Ernst Wälzing. Geb. R. 15.—  
Länge der Textausgabe. — Preisänderungen vorbehalten.  
Zu beziehen durch jede Buchhandlung

**Firmen**  
die eingelegte Formate für Briefbogen und Schmalen lassen können, mögen Ange-bote unter „R. 2.“ an die Geschäftsstelle der „Eiche“ Ulm Karlsstraße 47 einjenden.  
**Wittgenstein (Kreisver-band).** Durchreisende Kol-legen erhalten Unterstütz-ung und Auskunft auf dem Ar-beitersekretariat in Saas-phe 1/Wf. Königsstr. 10.  
**Ein. Arbeitsnachweh** und Be-pflegungsstellen im Gewerksvereinsb. o. Gewerksvereinsb. in Saas-phe 1/Wf. Königsstr. 10.  
**Breslau.** Arbeitsnachweh und 75 Pfennig. Kell-ner-Untersuchung im Gewerksvereinsb. Dessauerstraße 18  
**Birshan (Ortsverband).** Durchreisende Kollegen erhal-ten ein Ortsgeheim von 75 Pf. bei ihrem Orts-vereinskassierer.  
**Mannheim Ortsver-band.** „Waldsee“ 4. A. 18. Unter-fügung A. 4. 18.

**Wir stellen sofort 50 Tischler**  
ein. Bewerbungen mit Altersangabe an die Luft-Fabrikungsgesellschaft m. b. H. Wert Straßburg.  
**Berlin.** Gewerksvereins-verkehr und Herberge im Ver-bandshaus Greifswalder-straße 221/223. Karten bei allen Ortsvereinskassierern.  
**Breslau.** Arbeitsnachweh und 75 Pfennig. Kell-ner-Untersuchung im Gewerksvereinsb. Dessauerstraße 18  
**Birshan (Ortsverband).** Durchreisende Kollegen erhal-ten ein Ortsgeheim von 75 Pf. bei ihrem Orts-vereinskassierer.  
**Mannheim Ortsver-band.** „Waldsee“ 4. A. 18. Unter-fügung A. 4. 18.